

Für einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch

Konsenspapier

Beschlüsse der Koalition zügig umsetzen und Vertrauen stärken

Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin in einer angespannten Lage. Die angesichts der riesigen Herausforderungen ambitionslose Wirtschaftspolitik der Ampel-Regierung hat auch den Unternehmen in Bayern massiv geschadet. Umso wichtiger ist es, dass die neue Bundesregierung mit großem Elan die wirtschaftliche Wende in Deutschland in Angriff nimmt. Die jüngsten Beschlüsse der Koalition belegen, dass der angekündigte Politikwechsel in der zentralen Frage der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft tatsächlich stattfindet. CSU und vbw sind sich einig, dass das vereinbarte Sofortprogramm für die Wirtschaft der richtige Einstieg in den Weg aus der Krise ist. Jetzt kommt es darauf an, die beschlossenen Maßnahmen zügig umzusetzen, den Kurs der Erneuerung konsequent fortzusetzen und das Vertrauen der Wirtschaft in die Verlässlichkeit der Regierungspolitik weiter zu stärken.

Investitionsbooster und Entlastungen

Der im Bundeskabinett beschlossene Investitionsbooster setzt wichtige Impulse, um den Wirtschaftsstandort Deutschland aus dem Dauertief der letzten Jahre herauszuführen. Die degressive Sonderabschreibung für Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen, die Verbesserung der steuerlichen Forschungszulage sowie die Förderung der Elektromobilität sind wichtige Bausteine, um Investitionen und Innovationen in Deutschland zu stärken. Die im Gesetzentwurf verankerte schrittweise Absenkung der Körperschaftsteuer ist elementar für die Planungssicherheit der Unternehmen und steigert die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschlands. Gut ist, dass der Investitionsbooster den parlamentarischen Prozess in der gebotenen Geschwindigkeit passieren wird.

Energie

Die hohen Energiekosten belasten die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erheblich. Deshalb müssen die preisdämpfenden Maßnahmen wie die dauerhafte Absenkung der Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß, die Abschaffung der Gasspeicherumlage und die Absenkung bzw. Deckelung der Netzentgelte umgesetzt werden. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, muss die gesamte Energiepolitik künftig konsequent auf Bezahlbarkeit, Kosteneffizienz und Versorgungssicherheit ausgerichtet werden. Zudem muss die im Koalitionsvertrag vereinbarte Einführung eines Industriestrompreises zügig vorangetrieben werden. Notwendig ist auch die rasche Verabschiedung eines Gesetzes für den Aufbau von Gas-Reservekraftwerken. CSU und vbw begrüßen die Ankündigung, dass diese Kraftwerke bevorzugt im Süden Deutschlands entstehen sollen und lehnen eine Aufteilung Deutschlands in unterschiedliche Stromgebotszonen ab. Mit der Planung der Importinfrastruktur für Wasserstoff – gerade auch aus dem Süden – muss rasch begonnen werden.

Flexible Arbeitszeiten

Die Flexibilisierung der Arbeitszeiten ist zur Verbesserung der Standortbedingungen dringend notwendig und muss prioritär angegangen werden. Die Abkehr von der Tageshöchst Arbeitszeit hin zu einer wöchentlichen Höchst Arbeitszeit muss gesetzlich geregelt werden und für alle Unternehmen gelten.

Bürokratieabbau

CSU und vbw begrüßen ausdrücklich, dass die Bundesregierung dem Bürokratieabbau eine herausgehobene Bedeutung – und auch zeitlich eine hohe Priorität – beimisst. Die von der Koalition vereinbarten Maßnahmen, insbesondere die Reduzierung aller Bürokratiekosten für die Wirtschaft um 25 Prozent, die Maßnahmen zur Vereinfachung und Beschleunigung aus dem Sofortprogramm, die Abschaffung des nationalen Lieferkettengesetzes, die Einschränkung des Verbandsklagerechts sowie der Stellenabbau in der Bundesverwaltung müssen zügig angegangen werden.

Hightech Agenda

Die im Koalitionsvertrag und Sofortprogramm beschlossene Hightech Agenda nach bayerischem Vorbild muss rasch umgesetzt werden. Deutschland muss seine Anstrengungen auf Zukunftsfeldern wie Künstlicher Intelligenz, Quantentechnologie, Biotechnologie und Luft- und Raumfahrt verstärken, um für mehr Innovation, Wachstum und neue Arbeitsplätze zu sorgen.

Wohnungsbau

CSU und vbw halten den im Sofortprogramm der Bundesregierung enthaltenen Bau-Turbo mit weniger Vorschriften, mehr Innovation und seriellem Bauen für ein wichtiges Instrument, um den Wohnungsbau in Deutschland nachhaltig anzukurbeln.

Umsatzsteuersenkung in der Gastronomie

CSU und vbw begrüßen, dass die Senkung der Umsatzsteuersatzes in der Gastronomie zum 1. Januar 2026 im Sofortprogramm fest vereinbart worden ist. Gerade für das starke bayerische Hotel- und Gaststättengewerbe bedeutet dies eine deutliche Verbesserung seiner Wettbewerbsfähigkeit.

Bürgergeld – Neue Grundsicherung

vbw und CSU sind sich einig, dass das Bürgergeld in seiner heutigen Form abgeschafft werden muss. Die im Koalitionsvertrag angekündigte Reform hin zur Neuen Grundsicherung muss mit hoher Priorität verfolgt werden. Verschärfte Sanktionsregeln, konsequente Aufdeckung von Leistungsmissbrauch und der klare Fokus auf die Arbeitsmarktintegration sind dringend erforderlich.



Sozialversicherungssysteme

CSU und vbw stimmen überein, dass eine grundlegende Reform der Sozialversicherungssysteme eine entscheidende Voraussetzung zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland ist. Weitere Beitragssprünge müssen verhindert werden.

Migration

CSU und vbw teilen die Überzeugung, dass eine geordnete Zuwanderung einen unverzichtbaren Beitrag zur Fachkräftesicherung in Deutschland leistet. Um die Akzeptanz für die notwendige Zuwanderung in unser Land zu erhalten, ist eine konsequente Eindämmung der illegalen Migration unumgänglich. Dazu gehören auch umfassende Grenzkontrollen und Zurückweisungen an den deutschen Außengrenzen, die jedoch den Güterverkehr nicht im Übermaß behindern dürfen.

Verteidigung

CSU und vbw stimmen überein, dass die bayerische Wirtschaft als Zentrum der deutschen Verteidigungsbranche einen zentralen Beitrag zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands leisten kann. Deshalb ist es angebracht, dass künftig bis zu einem Viertel der Verteidigungsausgaben des Bundes in bayerische Unternehmen fließen. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Reform des Beschaffungswesens der Bundeswehr ist zu begrüßen. Ziel muss die baldige Vollaussstattung der Bundeswehr über alle Dimensionen hinweg sein.